

zur aktuellen Diskussion

Keine braune Volksfront !

Das strategische Ziel der Republikaner ist die langfristige Etablierung als gestaltende politische Kraft auf allen politischen Ebenen (Kommunen, Länder, Bund), wobei diese Etablierung nur von unten nach oben vollzogen werden kann. Als erstes kommt daher die kommunalpolitische Verankerung in Gemeinderäten, Kreistagen und Regionalversammlungen, darauf aufbauend die Präsenz in Landtagen und schließlich der Einzug in den Bundestag und das Europaparlament.

Wenn dieser Aufbau nachhaltig sein soll und sich nicht nur in wenigen Einzelerfolgen aufgrund eines zufälligen Zusammentreffens von Wahltag und Proteststimmungslage erschöpfen soll, müssen wir uns – so wie bereits in Baden-Württemberg erfolgreich praktiziert – von einer reinen Protestpartei zu einer Programmpartei mit Stammwählern weiterentwickeln.

Hinsichtlich der in letzter Zeit in den Medien hochgespielten Frage, ob eine sog. „Vereinte Rechte“ in Gestalt einer „braunen Volksfront“ gemeinsam mehr erreichen würde, ist folgendes festzuhalten: Die Mitteilungen der NPD, wonach sich NPD und DVU auf eine gemeinsame Liste für die nächste Bundestagswahl geeinigt hätten, bleiben fraglich. Die Aufstellung einer gemeinsamen Liste mit der DUV würde nach dem Bundeswahlgesetz letztlich eine Fusion der beteiligten Parteien voraussetzen. Eine solche Fusion wird es aber nicht geben, weil dies keine der Parteien anstrebt. Die sog. „nationale Liste“ ist also schon rechtlich gesehen eine reine Chimäre. Allenfalls in Sachsen-Anhalt wäre nach dem Landtagswahlrecht eine Listenverbindung möglich.

Mit der angestrebten Integration von militanten Neonazis sog. Kameradschaften hat sich die NPD endgültig als nationalpolitisch ernstzunehmende Vereinigung verabschiedet. Der geistige Feldherrnhallenmarsch der Dumpfbackenkohorten wird in einem Fiasko enden. Die neue Volksfront wird nur jenen Kräften dienen, die nach Vorwänden für eine antideutsche Politik suchen.

Die Frage einer sog. „Vereinigten Rechten“ stellt sich aber auch aus anderen Gründen für uns nicht:

1. NPD und DVU einerseits und REP, DSU und DP andererseits sind nicht kompatibel.
2. Es wird für uns keinerlei Kooperation oder Annäherung an die NPD geben und das ist auch gut so. Mag sein, daß die NPD immer wieder versucht, eine angebliche Zusammenarbeit zu behaupten. Die Stellungnahmen und das Handeln des Bundesverbandes der Republikaner hierzu ist eindeutig: Keine Zusammenarbeit, keine Kontakte. Wer sich nicht daran hält, wird ausgeschlossen.
3. Diese Position ist auch inhaltlich begründet, da die NPD völlig andere politischen Ziele als wir Republikaner vertritt. Überdies müßte jedem inzwischen bekannt sein, mit welchen kriminellen Methoden die NPD in Sachsen und in anderen Bundesländern gegen uns in der Vergangenheit vorgegangen ist.

Vor allem muß aber in diesem Zusammenhang deutlich gemacht werden, daß Republikaner und NPD völlig unterschiedliche politische Ziele verfolgen:

- Die NPD will diesen Staat beseitigen („abwickeln“).
- Die NPD lehnt die Demokratie als „undeutsch“ ab.
- Die NPD will in Anlehnung an die NSDAP eine nationale Erhebung, um das „BRD-Regime“ zu beseitigen.
- Die NPD tritt für eine revolutionäre Umgestaltung unseres Systems ein.
- Die NPD ist gegen die soziale Marktwirtschaft („Liberalkapitalismus“) und für einen nationalen Sozialismus
- Die NPD begreift sich nicht als politische (Wahl-)Partei, sondern als Arm einer nationalen Bewegung, die den Vasallenstaat BRD durch Wahlen beseitigen soll.
- Die NPD erklärt Hitler zu einem großen Staatsmann, dessen einziger Fehler darin bestehe, daß er den Krieg verloren habe.
- Die NPD verfolgt einen offenen Antisemitismus und einen äußerst primitiven Antiamerikanismus. Leute wie Horst Mahler konnten jahrelang als Sprachrohr der NPD in dieser Richtung hetzen. Die NPD hat in diesem Zusammenhang sogar Kontakte zu islamistischen Kreisen gesucht.
- Die NPD hat die Republikaner stets als einen ihrer Hauptgegner bezeichnet und bekämpft. Der NPD geht es nicht um Kooperation, sondern um Vernichtung anderer Parteien, die ihren Umstursträumen im Wege stehen. Sowohl bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg als auch vor der Landtagswahl in Sachsen hat die NPD alles unternommen, um uns zu schaden.

Alle diese Ziele sind offen in der NPD-Postille „Deutsche Stimme“ abgedruckt worden und daher jederzeit beweisbar. Aufschlußreich ist auch das Interview des NPD-Vorsitzenden Voigt in der „Jungen Freiheit“ v. 21.09.2004.

Die Republikaner stehen dagegen für folgende Zielsetzungen:

- Für den Erhalt unseres Staates und unserer Verfassung.
- Für die parlamentarische Demokratie
- Für die Mitwirkung und Mitarbeit in Parlamenten auf allen Organisationssebenen
- Für Reformen unseres Gemeinwesens
- Gegen Sozialismus jedwelcher Spielart
- Gegen Nationalsozialismus und übersteigerten Nationalismus
- Gegen Antisemitismus, Antigermanismus und Nationalmasochismus.
- Gegen Gewalt und gegen eine Verharmlosung des NS-Regimes
- Gegen Volksfronten jeglicher Art.

Wir Republikaner lehnen die Bildung einer „Braunen Volksfront“ durch die NPD im Zusammenschluß mit Neonazi-Kameradschaften ab. Diese Volksfront wird zu einer Eskalation der Gewalt in der politischen Auseinandersetzung führen und dadurch nicht nur die politische Kultur beschädigen, sondern auch zugleich jeden vernünftigen rechtskonservativen Ansatz belasten und im Bewußtsein der Bevölkerung diskreditieren. Die „Braune Volksfront“ wird politisch nichts bewirken, sondern allenfalls einer Gleichsetzung von „Rechts“ mit Gewalt, Nazi-Aufmärschen und Dumpfbacken-Gehabe Vorschub leisten, eine neue Gutmenschen-Hysterie in Deutschland fördern und das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland beschädigen.

In diesem Zusammenhang ist allerdings auch daran zu erinnern, daß bei den sog. Kameradschaften stets Verfassungsschutzmitarbeiter und sog. VE Rechts maßgeblich bei der Begehung von Straftaten und der Anstiftung zu solchen Straftaten beteiligt waren (vgl. Kameradschaft Karlsruhe, Kameradschaft Süd u.a.). Es wird daher Zeit, diese rechtswidrigen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten der Innenminister aufzudecken und zu unterbinden.

Zusammenfassend wird daraus deutlich: Die Option einer Annäherung oder Kooperation mit der NPD stellt sich für uns Republikaner überhaupt nicht. Die Ziele der NPD sind Umsturz und Revolution, wir dagegen bekennen uns zum Grundgesetz und damit zu unserer Verfassung. Die NPD ist nach eigenem Bekenntnis eine verfassungs- und systemfeindliche Partei, wir dagegen nicht. Die NPD will Revolution, wir wollen Reform. Die NPD will zurück zu einem Nationalsozialismus (ohne Imperialismus), wir

dagegen wollen weder einen nationalen noch einen demokratischen Sozialismus. Die NPD will eine „braune Volksfront“ unter Einbindung von gewaltbereiten Neonazi-Kameradschaften, wir lehnen dagegen jeden Kontakt zu Neonazis ab. Gewalt lehnen wir Republikaner ebenfalls konsequent ab und werden daher mit niemandem kooperieren, der Gewaltbereitschaft und den Kampf auf der Straße sucht. Wir befürworten das Gewaltmonopol des Staates, fordern zugleich aber auch den Schutz durch die staatlichen Organe vor den Übergriffen sog. Autonomer und anderer, angeblich „anständiger“ Deutscher.

Wahlerfolge sind kein Selbstzweck. Es kommt auf den Tag danach an. Der Einzug in Parlamente macht nur dann einen Sinn, wenn eine ernsthafte parlamentarische Arbeit geleistet wird. Die jetzt angekündigte braune Volksfront unter Führung der NPD ist dazu weder in der Lage noch willens und wird daher jeden nationalkonservativen Ansatz beschädigen.

Deshalb muß im Blick auf künftige Wahlen eines ganz klar und deutlich gesagt werden: Wir Republikaner haben nur dann eine Chance, wenn wir uns ganz klar und unmißverständlich von der NPD fernhalten. Ein bisschen Annäherung an den rechten Narrensaum kann und darf es nicht geben. Wer aufgrund des einmaligen Erfolges der NPD in Sachsen glaubt, er müsse jetzt dieser Partei hinterlaufen, soll zur NPD gehen. Für Konjunkturritter und NS-Nostalgiker haben wir so oder so keinen Platz und keine Verwendung in unserer Partei.

Vielmehr haben wir gerade jetzt die hervorragende Chance, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, welche fundamentalen Unterschiede zwischen uns und der NPD bestehen und weshalb man uns nicht in einen Topf werfen darf.

Dr. Rolf Schlierer
Oktober 2004